

## Niederschrift

über die 2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Schortens

---

**Sitzungstag:** Mittwoch, 18.01.2017  
**Sitzungsort:** Rathaus Heidmühle, Oldenburger Straße 29, 26419 Schortens  
**Sitzungsdauer:** 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr

### **Anwesend sind:**

stv. Ausschussvorsitzende/r  
Axel Homfeldt

### Ausschussmitglieder

Andreas Bruns  
Peter Eggerichs  
Janto Just  
Hans Müller  
Wolfgang Ottens  
Pascal Reents  
Susanne Riemer  
Maximilian Striegl

Vertretung für Horst-Dieter Freygang

Grundmandat  
Horst Herckelrath

Von der Verwaltung nehmen teil:  
Bürgermeister Gerhard Böhling  
StOAR Elke Idel  
StA Marco Kirchhoff

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung  
Der stv. Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  
Der stv. Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2016 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. Jahresbericht 2016 der Stadtkasse **SV-Nr. 16//0101**

StOAR Idel erläutert den Jahresbericht der Stadtkasse.

RM Bruns regt an, künftig eine Bewertung in den Bericht – wie beispielsweise bei der Nummer 4 – einfließen zu lassen.

7. Allgemeine Gebühren- und Entgelterhöhung für die Teilhaushalte 12 und 14 sowie Verwaltungskostensatzung **SV-Nr. 16//0071**

StOAR Idel berichtet über die Inhalte der Sitzungsvorlage.

BM Böhling ergänzt, dass hinsichtlich der Kritik des Stadtelternrates bereits in der Presse geantwortet wurde. Weiterhin bittet BM Böhling zu diesem TOP um eine Entscheidung, damit das Beteiligungsverfahren eingeleitet werden kann. Heute würde der Ausschuss eine Empfehlung aussprechen. Änderungen sind anschließend noch im Verwaltungsausschuss und im Rat möglich.

Bürger Grimpe informiert über eine mögliche falsche Berechnung, da in einem betrachteten Fall nicht mit den errechneten Werten, sondern mit erhöhten Rundungswerten weiter gerechnet wurde.

BM Böhling sagt eine Prüfung der seinerzeitigen Beschlusslage und der Berechnung durch das Controlling zu.

RM Reents erkundigt sich nach der hohen Steigerung im Freibad bei der 10er-Karte Erwachsene im Verhältnis zu der Einzelkarte.

Hierzu soll eine konkretere Erläuterung durch das Controlling erfolgen.

RM Just spricht sich für eine 20 %ige Ermäßigung für die 10er-Karten im Freibad aus, da der jetzige Vorschlag keinen Anreiz für eine 10er-Karte bietet und stellt hierzu einen Antrag.

Der Antrag von RM Just, eine 20 %ige Ermäßigung auf die 10er-Karten im Freibad zu gewähren, wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend ergeht mehrheitlich bei einer Nein-Stimme folgende Beschlussempfehlung:

**Der Rat möge beschließen:**

Die der Sitzungsvorlage beigefügten Entgelterhöhungen werden beschlossen.

8. Haushalt 2017, Investitionsprogramm 2018-2020 **SV-Nr. 16//0037/2**
- 8.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.10.2016 - Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 80.000 € für eine externe Begutachtung der Verwaltungsprozesse im Haushalt 2017 **AN-Nr: 16/0001**

StOAR Idel stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die wesentlichen Inhalte der Sitzungsvorlage zum Haushalt vor.

RM Bruns teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt in Gänze nicht zustimmen wird. Richtig ist, dass einige dort enthaltenen Maßnahmen erforderlich sind und befürwortet werden. Es sind jedoch nicht alle relevanten Maßnahmen enthalten, sodass keine vollständige Transparenz erfolgt. Weiterhin ist der Haushalt trotz der derzeit niedrigen Zinsen geradeso ausgeglichen.

RM Eggerichs berichtet, dass man sich für den Haushalt ausspricht. Die dort enthaltenen Maßnahmen – wie beispielsweise die Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei oder des Schuldstandortes Glarum – sind erforderlich. Insbesondere sind mit einigen Maßnahmen künftig auch Einnahmen verbunden.

RM Ottens merkt an, dass sich der Haushalt nicht rosig darstellt. Die Maßnahme Freizeitbad war politisch mehrheitlich so gewollt. Das wird man nun hinnehmen müssen. Der Ergebnishaushalt wird insgesamt kritisch gesehen. Dem Haushalt wird man jedoch zustimmen, wenn der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus TOP 8.1 auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für eine Begutachtung der Verwaltungsprozesse Zustimmung findet.

BM Böhling informiert über eine Klausurtagung im Sommer 2016 bei der sämtliche künftigen Maßnahmen besprochen und in eine Aufstellung aufgenommen wurden. Diese Aufstellung beinhaltet beispielsweise auch die Maßnahme Bürgerhaus mit über 1 Mio. €. Die dort angegebenen Maßnahmen finden sich vollständig in der derzeitigen Finanzplanung bis zum Jahr 2020 wieder.

RM Bruns gibt zu bedenken, dass die Hälfte der geplanten Verkaufserlöse aus den Spielplatzflächen in Höhe von 100.000 € nicht im Haushalt enthalten sind und für Attraktivitätssteigerungsmaßnahmen eingestellt wurden.

BM Böhling teilt mit, dass es sich um einen Beschluss aus dem VA handelt und dieser umgesetzt wird. Die geplanten Zahlungen werden im

Haushalt auf der Ein- und Auszahlungsseite ordentlich veranschlagt.

RM Just berichtet, dass man dem Haushalt nicht zustimmen wird. Es muss bei den freiwilligen Leistungen gespart werden. Das Familienzentrum hat einen Zuschussbedarf von etwa 700.000 €, welcher in keinem Verhältnis zu den Nutzungen anderer Einrichtungen steht. RM Just spricht sich für die Erarbeitung eines Konzeptes aus, wonach der Zuschussbedarf für das Familienzentrum um 100.000 € gesenkt werden kann und stellt einen entsprechenden Antrag. Zudem wird man dem Antrag aus TOP 8.1 € nicht zustimmen, da dieser zumindest ergebnisoffen formuliert sein sollte.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass das Familienzentrum eine ganz bestimmte Aufgabe verfolgt, sodass man die dortige Nutzung nicht in Relation zu anderen Einrichtungen setzen kann.

RM Riemer merkt an, dass das Familienzentrum gut frequentiert wird und stimmt RM Ottens in diesem Punkt zu.

RM Just ergänzt, dass die Erledigung dieser Aufgabe mit weniger Aufwand möglich ist. Vergleichbare Kommunen kommen mit einem Zuschussbedarf von etwa 200.000 € hin.

BM Böhling gibt zu bedenken, dass über die Konzeption des Familienzentrums in der vergangenen Ratsperiode mehrfach gesprochen wurde und die Konzeption dort Zustimmung gefunden hat.

RM Eggerichs informiert, dass ein Haushalt dann Zustimmung finden sollte, wenn dieser solide für die Bürgerinnen und Bürger aufgestellt wird.

Nachfragen von dem Bürger Ostendorf zu den freiwilligen Leistungen, zu den hälftig eingeplanten Erträgen für das Freizeitbad ab 2018 sowie den Personalkostensteigerungen bei den sonstigen sozialen Angelegenheiten werden von BM Böhling und StOAR Idel beantwortet.

Um einen möglichen Haushaltsausgleich nicht zu gefährden spricht RM Ottens einen möglichen Kompromiss an. Demnach wird der eigene Antrag aus TOP 8.1 dahingehend modifiziert, dass ab 2017 über zwei Jahre jeweils 40.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Auf Antrag von RM Eggerichs wird die Sitzung einvernehmlich für ein paar Minuten unterbrochen. Anschließend teilt RM Eggerichs mit, dass man dem angesprochenen Kompromiss und somit dem modifizierten Antrag über zwei Jahre zustimmen wird.

RM Herckelrath teilt mit, dass man sich intensiv mit dem Haushalt und den dortigen Beschreibungen befasst hat. Demnach bestehen teilweise einige Über- sowie auch einige Unterlastungen. Eine Untersuchung durch ein externes Gremium kann in dieser Angelegenheit Klarheit bringen, sodass ggf. auch die Personaldiskussion für einige Jahre aufhört.

BM Böhling erläutert, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut ausgelastet sind. Hierbei gibt es auch Spitzen, bei den mal etwas mehr und mal etwas weniger zu tun ist.

Im weiteren Verlauf wird der Antrag von RM Just, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, für den Haushalt 2018 Einsparungen für das Familienzentrum in Höhe von 100.000 € zu ermitteln, bei einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend ergeht bei einer Nein-Stimme mehrheitlich folgender Beschluss:

„Für eine externe Begutachtung der Verwaltungsprozesse werden im Haushalt 2017 und 2018 jeweils Mittel in Höhe von 40.000 € eingestellt.“

Mit der vorgenannten Änderung ergeht mehrheitlich (bei fünf zu vier Stimmen) folgende Beschlussempfehlung:

**Der Rat möge beschließen:**

1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 werden beschlossen.
2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2018-2020 wird beschlossen.

9. Terminplan Aufstellung Haushalt 2018 **SV-Nr. 16//0099**

StOAR Idel stellt anhand einer Berichtsvorlage den Terminplan für die Aufstellung des Haushaltes 2018 vor.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass der Gesetzgeber grundsätzlich einen anderen Terminplan verlangt, sodass dass man diesem Terminplan nicht zustimmen wird.

RM Eggerichs merkt an, dass für so einen Fall alle erforderlichen Informationen vom Gesetzgeber rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden müssen. Weiterhin bittet RM Eggerichs um eine Aufstellung hinsichtlich der Vor- und Nachteile eines Doppelhaushaltes.

StOAR Idel informiert, dass Kommunen mit einem Doppelhaushalt vermehrt mit Nachträgen arbeiten müssen. Eine Aufstellung wird zugesagt.

BM Böhling informiert, dass eine Vorlage bei der Kommunalaufsicht in der Regel rechtzeitig erfolgen soll, außer es liegen Gründe vor, welche dagegen sprechen. Hier stehen einige Informationen oftmals nicht rechtzeitig zur Verfügung. Ebenfalls spricht sich BM Böhling dafür aus, die Kenntnisnahme zum Terminplan in einen Beschluss umzuwandeln.

Es ergeht mehrheitlich folgende Beschlussempfehlung:

**Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:**

„Der in der Sitzungsvorlage vorgeschlagene Terminplan für die Aufstellung des Haushaltes 2018 wird beschlossen.“

10. Anfragen und Anregungen:

- 10.1. RM Bruns regt an, regelmäßig - mindestens jede zweite Sitzung - über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Schortens zu berichten.

BM Böhling sagt künftig einen entsprechenden Bericht zu und verweist für Details auf den nichtöffentlichen Teil.

- 10.2. RM Striegl bittet im Zusammenhang mit einer Interessentenliste zu den Gewerbegrundstücken - soweit bekannt ist - um eine Aufstellung zu den Gründen, warum sich bestimmte Interessenten gegen ein Gewerbegrundstück in der Stadt Schortens entschieden haben.

StOAR Idel teilt mit, dass diese Informationen in den Bericht aus TOP 10.1 mit aufgenommen werden.

- 10.3. RM Homfeldt erkundigt sich nach einer Folgekostenberechnung für die Maßnahmen um Grundschulstandort Glarum.

BM Böhling sagt eine Beantwortung durch das Controlling noch vor der Ratssitzung am 02.02.2017 zu.